

Inhalt

I. Verordnung zur Änderung der Bayerischen Beihilfeverordnung.....	1
1. Wesentliche Änderungen.....	1
2. Chirurgischer Hornhauteingriff zur Korrektur einer Fehlsichtigkeit durch Laser (LASIK-Methode)	1
3. Beihilfefähigkeit der Kosten von molekulargenetischen Untersuchungen bei einer bereits bestehenden Erkrankung.....	2
II. Neues auf Rehmnetz.....	2
III. Beamtenblog	2

I. Verordnung zur Änderung der Bayerischen Beihilfeverordnung

von Wolfgang Weigel, Regierungsrat, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, München

1. Wesentliche Änderungen

Mit der Verordnung zur Änderung der Bayerischen Beihilfeverordnung vom 29.07.2014 (GVBl. S. 349) wurde die Bayerische Beihilfeverordnung zum dritten Mal fortentwickelt. Die Änderungen sind seit 1. Oktober 2014 in vollem Umfang in Kraft. Neben einer formellen Anpassung der Abrechnungsbestimmungen an die Vorgaben des Pflege-Neuausrichtungs-Gesetzes (PNG) – die Gewährung der verbesserten Leistungen erfolgte bereits aufgrund einer entsprechender Vorgriffsregelung – wurden folgende wesentlichen materiellen Änderungen durchgeführt:

- Für Leistungen von Heilpraktikerinnen und Heilpraktikern werden beihilfefähige Höchstbeträge in Form einer neuen Anlage 1 eingeführt. Durch die Änderung werden künftig sowohl Leistungen von Heilpraktikern, die einem Verband angehören, der bzgl. des Umfangs der Abrechnungsfähigkeit erbrachter Heilpraktikerleistungen einen Vertrag mit dem Bundesministerium des Innern geschlossen hat, als auch von Heilpraktikern, die keinem solchen Verband angehören, nach einheitlichen Kriterien bewertet.
- Aufträge für die Erstellung von Gutachten im Vorfeld von psychotherapeutischen Behandlungen werden künftig ausschließlich an Gutachter vergeben, die von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung im Einvernehmen mit den Spitzenverbänden der Krankenkassen benannt wurden. Die Veröffentlichung eigenständiger Auflistungen von Gutachtern entfällt damit.
- Der Kreis der Berufsgruppen, deren Liquidationen für logopädische Leistungen beihilfefähig sind, wurde erweitert. Danach können künftig unter bestimmten Voraussetzungen auch Beihilfen zu den Kosten von logopädischen Leistungen von akademischen Sprachtherapeutinnen oder akademischen Sprachtherapeu-

ten bis zu den bekannten beihilfefähigen Höchstätzen gewährt werden.

- Für die Abrechnung sog. neuropsychologischer Behandlungen wurde eine eigenständige Abrechnungsgrundlage eingeführt.
- Die Abrechnungsvorgaben für Aufwendungen für Familien- und Haushaltshilfen wurden neu gefasst; der Umfang einer möglichen Berufstätigkeit der den Haushalt führenden Person ist künftig für die beihilferechtliche Bewertung nicht mehr von Bedeutung.
- Die Möglichkeit zur Rücksendung aller im Rahmen eines Beihilfeantrags vorgelegten Belege auf Wunsch eines Beihilfeberechtigten wird abgeschafft. Damit erfolgt nur noch eine sog. anlassbezogene Rückgabe der Belege, d. h. wenn der Bescheid vom Antrag des Beihilfeberechtigten aufgrund individueller Gegebenheiten abweicht.

2. Chirurgischer Hornhauteingriff zur Korrektur einer Fehlsichtigkeit durch Laser (LASIK-Methode)

Das OVG Rheinland-Pfalz hatte über die Frage der Beihilfefähigkeit der Aufwendungen für einen chirurgi-

Der Blog zu Pro & Contra der Reform!



Von und mit Dr. Maximilian Baßlberger. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)

schen Hornhauteingriff nach er sog. LASIK-Methode zur Korrektur einer Fehlsichtigkeit zu entscheiden. Im Beschluss vom 14. Juli 2014, 2 A 10410/14.OVG, hat es die vom Kläger eingelegte Nichtzulassungsbeschwerde gegen eine ablehnende Entscheidung des VG Mainz zurückgewiesen.

In der Begründung dieses Beschlusses hat das OVG Rheinland-Pfalz bestätigt, dass Aufwendungen eines chirurgischen Hornhauteingriffs zur Korrektur einer Fehlsichtigkeit durch Laser (LASIK-Methode) nur dann beihilfefähig sind, wenn eine Korrektur der Fehlsichtigkeit durch Brillen oder Kontaktlinsen nach augenärztlicher oder fachärztlicher Feststellung objektiv nicht möglich ist und die Festsetzungsstelle die Beihilfefähigkeit des Eingriffs vorher schriftlich anerkannt hat.

3. Beihilfefähigkeit der Kosten von molekulargenetischen Untersuchungen bei einer bereits bestehenden Erkrankung

Das OVG Sachsen hatte im Urteil vom 1. Juli 2014, 2 A 591/12 im Fall eines bereits an einer erblich bedingten Erkrankung leidenden Beihilfeberechtigten über die Beihilfefähigkeit der Aufwendungen einer molekulargenetischen Untersuchung zu entscheiden. Ziel der Untersuchung war die Feststellung eines möglichen Gendefekts als Grundlage für die Planung des weiteren therapeutischen Vorgehens. Die Beihilfestelle hatte die Aufwendungen angesichts des ihrer Auffassung nach bestehenden Vorsorgecharakters dieser Untersuchung und der fehlende Erstattungsvorgaben im Beihilferecht als nicht beihilfefähig eingestuft.

Abweichend hiervon hat das OVG Sachsen die molekulargenetische Untersuchung in dieser Fallgestaltung nicht als klassische Vorsorgemaßnahme im beihilferechtlichen Sinn gewertet, sondern dem Bereich der Krankenbehandlung zugeordnet und damit die Aufwendungen als beihilfefähig eingestuft.

*Wolfgang Weigel, Regierungsrat,
Bayerisches Staatsministerium der
Finanzen, München*

II. Neues auf Rehmnetz

News: [Bundestag beschließt Besoldungserhöhung](#)

News: [dbb fordert besseren Schutz für Beschäftigte – Gewalt gegen Staatsbedienstete nimmt drastisch zu](#)

III. Beamtenblog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

[Richterstau und Konkurrentenstreit](#)

[Bayerische Verordnung verursacht völlig unnötige Kosten](#)

[Bayerische Staatsregierung verwendet nach wie vor die alte Laufbahngruppenbezeichnungen](#)



Produktipp

Mildenberger

Beihilferecht in Bund, Ländern und Kommunen

Praktiker-Kommentar



7.184 Seiten
Loseblattwerk in 4 Ordnern
ISBN 978-3-8073-0014-6
€ 179,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Rechtssicherheit auf dem neuen Stand

Dieser Kommentar gehört im gesamten Bundesgebiet seit Jahrzehnten zum Standard: Das Autorenteam berücksichtigt die aktuelle Rechtsprechung ebenso wie die neuesten Entwicklungen im medizinischen Bereich. Dank seiner übersichtlichen Gliederung ist der Kommentar trotz seines Umfangs ausgesprochen benutzerfreundlich.

Enthalten sind:

- Texte der aktuellen Bundes- und Landesvorschriften,
- Vollzugsvorschriften des Bundesministeriums des Innern,
- Gebührenordnungen für Ärzte und Zahnärzte mit den vorgegebenen Steigerungssätzen und Schwellenwerten,
- einschlägige Rechts- und Verwaltungsvorschriften und alle relevanten Nebenvorschriften.

Die umfassende Kommentierung des Bundesrechts wird durch viele Beispiele veranschaulicht und geht sowohl auf vergleichbare Rechtsmaterien außerhalb des Beihilferechts als auch auf landesspezifische Besonderheiten ein. Dabei legen die Autoren nicht nur Wert auf die Genauigkeit im Detail, sondern verschaffen dem Benutzer schnell den erforderlichen Überblick.